



Dr. Ferdinand Fichtner ist Leiter der Abteilung Konjunkturpolitik am DIW Berlin. Der Beitrag gibt die Meinung des Autors wieder.

Zypern: Hilfe nur gegen klare politische Zugeständnisse

Jetzt auch noch das: Zypern, so liest man, ist „Dreh- und Angelpunkt“ für den Handel mit dem Fleisch rumänischer Pferde, das, zu Rindfleisch umdeklariert, derzeit in deutscher Lasagne auf den Tisch kommt. Nikos Anastasiades, der voraussichtlich ab kommenden Sonntag neugewählte Präsident der Mittelmeerinsel, ist nicht zu beneiden: Der Staatshaushalt steht kurz vor dem Kollaps, da zyprische Banken durch die finanzielle Bruchlandung Griechenlands in existenzbedrohender Schieflage und auf staatliche Liquiditätsspritzen angewiesen sind. Schon unter normalen Umständen ist so etwas schwer zu stemmen – auch in Deutschland ist durch die Rettung von Banken der Staatshaushalt in den vergangenen Jahren aus dem Ruder gelaufen –, in Zypern ist es der Regierung unmöglich, die Banken aus eigener Kraft zu retten. Das ist in Irland schon schief gegangen, mit dem Ergebnis, dass das Land jetzt auf Rettungskredite angewiesen ist.

In Zypern ist das Problem – relativ gesehen – größer als in Irland: In den vergangenen Jahren ist der Bankensektor vier Mal so schnell gewachsen wie die Gesamtwirtschaft, sein Anteil hat sich zwischen 1995 und 2011 von fünf auf zehn Prozent verdoppelt. Das liegt vor allem daran, dass das Land in den letzten Jahren mit Niedrigsteuersätzen Kapital ins Land gelockt hat – und sich deswegen zu Recht dem Vorwurf des Steuerdumpings ausgesetzt sieht. Hinzu kommt, dass das Steuerparadies im Mittelmeer sich offenbar auch bei russischen Oligarchen und Mafiosi des Rufs einer günstigen und diskreten Spardose erfreut.

All das macht europäische Hilfen für das Krisenland außerordentlich unappetitlich. Zu Recht wird diskutiert, ob der europäische Rettungsschirm der zyprischen Regierung und vor allem den Banken wirklich unter die Arme greifen

muss – zumal die Gefahr, dass Bankenpleiten auf der Insel auf das europäische Bankensystem übergreifen könnten, gering ist. Zypern schuldet dem Rest der Welt gut fünfzig Milliarden Euro; das sind Peanuts gegenüber den Beträgen, über die im Falle der anderen europäischen Krisenländer gesprochen wird. Außerdem ist ein großer Teil der Forderungen in der Hand griechischer Banken, die ohnehin schon am Tropf der Rettungsschirme hängen. Die sogenannte systemische Relevanz als Voraussetzung für eine Unterstützung durch den Rettungsschirm ist ökonomisch sicherlich nicht gegeben. Auch die politischen Ansteckungseffekte dürften überschaubar sein: Es ist nicht davon auszugehen, dass die Finanzmärkte etwa eine weitere Unterstützung Spaniens in Frage stellen, nur weil Zypern keine Hilfe aus den Rettungsschirmen bekommt. Die Finanzmärkte wissen genau zu unterscheiden zwischen einem Zwerg wie Zypern und den wirtschaftlichen Schwergewichten in der Währungsunion.

Trotzdem spricht manches für eine finanzielle Unterstützung der Insel. Zum einen ist politisch zu wünschen, dass sich nicht Russland als Retter in der Not profilieren kann. Vor allem aber lassen sich Hilfszahlungen mit Auflagen an die zyprische Regierung verbinden, die Transparenz im Bankensystem zu erhöhen und angemessene Steuern für Unternehmen einzuführen. Man sollte aber so ehrlich sein, nicht von „Rettungskrediten“ zu sprechen – bereits jetzt ist angesichts der maroden Wirtschaft klar, dass Zypern einen Teil der Hilfszahlungen nicht zurückzahlen können. Dann lässt sich auch erreichen, dass bei der Sanierung des Bankensystems die Kapitalanleger auf einen großen Teil ihrer Forderungen verzichten – seien es russische Milliardäre oder griechische Banken. So bleiben die Belastungen für die europäischen Steuerzahler überschaubar.



DIW Berlin – Deutsches Institut
für Wirtschaftsforschung e. V.
Mohrenstraße 58, 10117 Berlin
T +49 30 897 89 -0
F +49 30 897 89 -200
www.diw.de
80. Jahrgang

Herausgeber

Prof. Dr. Pio Baake
Prof. Dr. Christian Dreger
Dr. Ferdinand Fichtner
Marcel Fratzscher, Ph.D.
Prof. Dr. Martin Gornig
Prof. Dr. Peter Haan
Prof. Dr. Claudia Kemfert
Karsten Neuhoﬀ, Ph.D.
Prof. Dr. Jürgen Schupp
Prof. Dr. C. Katharina Spieß
Prof. Dr. Gert G. Wagner

Chefredaktion

Sabine Fiedler
Dr. Kurt Geppert

Redaktion

Renate Bogdanovic
Sebastian Kollmann
Dr. Richard Ochmann
Dr. Wolf-Peter Schill

Lektorat

Kristina van Deuverden
Dr. Stefan Bach

Textdokumentation

Lana Stille

Pressestelle

Renate Bogdanovic
Tel. +49-30-89789-249
presse@diw.de

Vertrieb

DIW Berlin Leserservice
Postfach 7477649
Offenburg
leserservice@diw.de
Tel. 01805 – 19 88 88, 14 Cent./min.
ISSN 0012-1304

Gestaltung

Edenspiekermann

Satz

eScriptum GmbH & Co KG, Berlin

Druck

USE gGmbH, Berlin

Nachdruck und sonstige Verbreitung –
auch auszugsweise – nur mit Quellen-
angabe und unter Zusendung eines
Belegexemplars an die Serviceabteilung
Kommunikation des DIW Berlin
(kundenservice@diw.de) zulässig.

Gedruckt auf 100 % Recyclingpapier.